

40 Jahre lang ist Sozialismus auf Kosten der Umwelt betrieben worden. Damit wird jetzt Schluß sein. Unser Ziel ist es, weitere Schäden zu verhindern. Wir, unsere Kinder und Enkel haben ein unverzichtbares Recht auf eine gesunde Umwelt.

Diese Regierung tritt auch auf diesem Gebiet ein schweres Erbe an; in vielen Teilen unseres Landes sind wir mit einer ökologischen Krise konfrontiert.

- . Besonders gravierend ist die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid. Der Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung ist z. B. mehr als fünfmal so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Die DDR ist heute Europameister in der Energieverschwendung. Unser wichtigster Energieträger, die Braunkohle, verschmutzt auf Grund der völlig veralteten Kraftwerke die Luft in einem Maße, das für die Menschen eine akute Gesundheitsgefährdung darstellt.
- . Überholte Produktionstechnologien in der Industrie, fehlende oder unzureichende Kläranlagen sowie die Überdünnung in der Landwirtschaft verursachen hohe Schadstoffeinleitungen in die Gewässer. Ein Großteil dieser Gewässer ist bereits ökologisch tot.

Boden und Landschaft sind in vielfältiger Weise belastet, sei es durch eine umweltverschmutzende Industrie oder sei es durch eine intensiv und einseitig betriebene Landwirtschaft. Große Mengen an giftigen Industrieabfällen und sonstige Industrie- und Siedlungsabfälle sind auf mehr als 15.000 kontrollierten und wilden Deponien abgelagert worden. Vor allem an den Standorten der chemischen Industrie, der Kohleveredlung und der Metallurgie sind durch die jahrelange industrielle Tätigkeit die Böden hochgradig belastet.

Um die jahrzehntelange Fehlentwicklung aufzufangen und mit der Sanierung unserer belasteten Umwelt beginnen zu können, ist eine umfassende Bestandsaufnahme der ökologischen Lage in der DDR notwendig. In den nächsten Jahren muß der Ökologie das Primat vor der Ökonomie eingeräumt werden.

Der Umweltschutz darf nicht auf eine Schadensminimierung begrenzt werden, es muß eine umgehende Beseitigung der Ursachen vorgenommen werden. Dazu gehört neben einem umfassenden Energie- und Umweltkonzept vor allem die Einführung einer ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Wir werden durch marktwirtschaftliche Anreize das Eigeninteresse der Wirtschaft und der Verbraucher an mehr Umweltschutz mobilisieren und zu umweltfreundlichem Verhalten und Einsatz umweltfreundlicher Techniken anregen.

Umweltschutzvorhaben müssen Eingang in die Investitionspläne der Unternehmen finden.

Gesetzlicher Rahmen und marktwirtschaftliche Anreize sind die wichtigsten Säulen des umweltpolitischen Konzeptes dieser Regierung. Der Staat wird den gesetzlichen Ordnungsrahmen grundlegend verbessern und die Einhaltung der Umweltgesetzgebung überwachen.

Umweltorientierte Unternehmensführung ist in den Betrieben notwendig. Es ist auch im eigenen langfristigen Interesse der Betriebe, wenn sie mehr Umweltschutz von sich aus verwirklichen. Beschaffung, Produktion, Vertrieb und Abfallbeseitigung müssen umweltgerecht geplant und gestaltet werden.

Die Sorge um die Gesundheit der Menschen und die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes erfordern kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen:

- Kurzfristig werden wir ein zeitlich gestaffeltes Stilllegungs- und Sanierungsprogramm für industrielle Anlagen realisieren. Das betrifft z. B. Anlagen der Karbochemie, der chemischen Industrie und einen Teil der Anlagen der Energiewirtschaft. Vor einer Stilllegung oder Sanierung ist in jedem Fall eine Konzeption zur sozialen Absicherung der betroffenen Arbeitnehmer vorzulegen.

- 4
- Mittelfristige Maßnahmen sind die umweltgerechten Nachrüstungen solcher Energie- und Produktionsanlagen, deren Weiterbetrieb auf Grund ihres technischen Zustands für die nächsten Jahre möglich ist. Dazu gehören die Entstaubung und Entschwefelung von Kraftwerken, die Abluft-, Abwasser- und Abfallentsorgung von Industrieanlagen entsprechend den Europäischen bzw. den in der Bundesrepublik gültigen Normen.
  
  - Langfristig ist ein grundlegender Strukturwandel der Industrie erforderlich: Umweltbelastende und energieintensive Verfahren müssen durch Hochveredelungsverfahren ersetzt werden, die abproduktfrei, umweltfreundlich und marktgerecht sind. Vor Errichtung von Neuanlagen ist der Standort umweltgerecht zu sanieren. In die unternehmerische Kalkulation ist der Aufwand für eine umweltgerechte Produktionsweise einzubeziehen.
  
  - Zur Finanzierung der Sofortmaßnahmen sind staatliche Mittel aus ganz Deutschland erforderlich, insbesondere, wenn mit der Umsetzung dieser Maßnahmen soziale Probleme verbunden sind. Die mittelfristigen Maßnahmen sind durch Kapitalerschöpfung aus den betroffenen Betrieben, die Umweltförderung der Bundesregierung und Mitteln des Staatshaushalts der DDR zu finanzieren. Die Finanzvorteile aus subventionierten Umweltkrediten sind später zurückzuzahlen. Die langfristigen Maßnahmen müssen aus den Gewinnen der Unternehmen refinanziert werden.

Extreme Umweltbelastungen werden heute vor allem durch die Braunkohle- und Energiezentren der DDR hervorgerufen. Spätestens bis zum Jahr 1996 müssen alle bestehenden Kraftwerke in einem Stufenplan den Vorschriften der jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen in der Bundesrepublik angeglichen werden. Für neu einzurichtende Anlagen ist dieser Standard sofort verbindlich zu machen.

Nur so wird erreicht werden, daß

- die SO<sub>2</sub>-Emission um mehr als 35 %;
- die Staub-Emissionen um mehr als 60 %;
- die Stickoxid-Emissionen um mehr als 40 % und
- der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 20 % bis zum Jahr 2000 gesenkt werden kann. *von z.z. gesamt*

Voraussetzung für die Absenkung der Schadstoffbelastung ist, daß alle Möglichkeiten zum Energiesparen genutzt werden *sonst*

Dazu muß

- der Primärenergieeinsatz um jährlich mehr als 1,5 % zurückgehen, (320)
- der spezifische Energieaufwand um jährlich mehr als 2 % gesenkt werden,
- der Braunkohleeinsatz auf weniger als 260 Mio t im Jahr 1992 und auf weniger als 160 Mio t im Jahre 2000 reduziert werden.

Folgende Maßnahmen sind notwendig:

- der teilweise Ersatz der Braunkohle durch
  - . Steigerung des Steinkohleeinsatzes auf das Doppelte bis 1988;
  - . Steigerung des Erdgaseinsatzes auf das Zweieinhalbfache bis zum Jahr 2000
  - . Steigerung des Erdöleinsatzes auf mindestens das 1,4fache;
- die Umstellung der Wärmeversorgung in allen Städten und Gemeinden auf Fernwärme, Gas und schwefelarmes Heizöl bis zum Jahr 1998;
- die obligatorische Einrichtung von Anlagen zur Erhöhung der Energieausbeute und zur Rauchgasentschwefelung bei neu einzurichtenden Kraftwerken;
- die Entwicklung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energieträger und Energiesysteme;

Die Verringerung des Braunkohleeinsatzes wird es ermöglichen, daß

- 26 Gemeinden und Ortsteile erhalten werden können, da sie nicht mehr für den Braunkohletagebergbau geopfert werden müssen;
- große Flächen von Natur- und Kulturlandschaften vor Flächenverbrauch geschont werden;

- verbrauchte Bodenfläche wieder rekultiviert und für den Natur- und Landschaftsschutz sowie für land- und forstwirtschaftliche Zwecke bereitgestellt werden kann.

Meine Regierung setzt sich ein für eine verantwortungsbewußte Nutzung der Kernenergie, d. h., das Sicherheitsniveau der DDR-Kernkraftwerke muß dem jeweiligen höchsten Standard von Wissenschaft und Technik entsprechen.

Dazu ist eine umfassende Überprüfung des KKW Nord zügig zu Ende zu bringen, sind erforderliche Maßnahmen einzuleiten und die Sicherheitspartnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland zur Angleichung der Sicherheitsvorschriften und der Strahlenschutzbestimmungen vorzubereiten.

Zur Durchsetzung der dringlichsten Maßnahmen der ökologischen Sanierung werden wir die Arbeit der von der Modrow-Regierung eingesetzten Regierungskommission für die Entlastung besonders belasteter Gebiete überprüfen, falls notwendig fortsetzen und unsere Kraft darauf verwenden, auch diese Teile unseres Vaterlandes Deutschland wieder lebenswert zu machen.

Meine Regierung wird Maßnahmen ergreifen, um den Anteil der Naturschutzgebiete von etwa 1 % der Gesamtfläche der DDR durch Unterschutzstellung bisheriger Sperrgebiete zu erhöhen. Wir werden verstärkte Anstrengungen im Artenschutz unternehmen.

Der umweltpolitische Aufbruch in der DDR löst bei vielen Arbeitnehmern Ängste um ihren Arbeitsplatz aus. Die Arbeitnehmer sollten jedoch sehen, neue Arbeitsplätze entstehen durch strenge Umweltauflagen, weil diese zu neuen Investitionen führen.

Die Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren mehr als 450.000 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen. Die ökologische Modernisierung der DDR-Wirtschaft wird auch bei uns Arbeitsplätze schaffen und die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien verbessern.